

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Rodganski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Kluge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Brede Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühren: Die 7. u. 8. Spalten 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Restameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 151.

Halle, Donnerstag den 4. Juli 1918.

2. Jahrgang.

Scheidemann im Reichstage über Heeresleitung und Reichsregierung.

Die Offensive der Wahrheit.

In einer glänzenden Rede legte Scheidemann in der dritten Etatsberatung dar, warum wir wiederum gegen den Hals stürmen. Noch immer hat die Regierung keine volle Klarheit geschaffen, ob sie sich ganz zum Dienst der Friedensliebe und des Freiheitsgedankens des Volkes mach, oder ob sie Eroberungsstrebungen, wenn nicht verlog, doch doch duldend. Die Unklarheit der Regierung in der Nachtbeurteilung der militärischen und zivilen Stellen wurde von Scheidemann großartig deutlich herausgearbeitet. Leider ist die Presse nicht gleich frei wie er auf der Reichstagstribüne, von diesen Dingen zu reden. In ergreifenden Worten schilderte Scheidemann Not und gärende Unzufriedenheit in der weitesten Volksschicht. Ermutigte er die Unmündigkeit dort, daß ein einzelnes Volk wie das deutsche, dauernd der ganzen Welt seinen Willen aufzwingen könnte. Aber er unterstrich auch, daß die Kriegsereignisse gezeigt haben, wie wenig Aussicht die Feinde haben, Deutschlands Widerstand in der Verteidigung seines Weltreiches niederzuringeln. So ergab sich von selbst die Schlussfolgerung, daß die Regierung die Wahrheit mutig bekennen und daraus alle politischen Folgerungen ziehen sollte. Eine Offensive der Wahrheit war es, die Scheidemann als Deutschlands Aufgabe bezeichnete.

Insichtlich wurde genau wie am vorigen Montag bei Schiffmann, sofort der Versuch gemacht, Scheidemanns Rede zu entstellen. Eine Bemerkung Scheidemanns über die Sinnlosigkeit des Bombardierens öffener Städte weit hinter der Front, gab dem Großen Vortrags Anlaß zu behaupten, Scheidemann hätte den englischen Ausnahmekrieg entschuldigt. Dabei hatte Scheidemann ganz deutlich gesagt, daß diese Ausnahmsurteile ein niederträchtiges und barbarisches Stumpfsinn sind; aber sie habe doch wenigstens noch einen Sinn, insofern die Engländer glauben, daß das deutsche Volk zur Kapitulation gezwungen zu können, wodurch das Sinnenorden von Frauen und Kindern in friedlichen Städten gänzlich sinnlos sei.

Auch Vobesart weitererte wie gewöhnlich mit Vortrags darin, in Scheidemanns Rede alles mögliche hineinzulegen, was nicht darin stand. Und selbst Vobesart selber wachte die Regierung nicht besser zu verteidigen, als indem er es

so hinstellte, als hätte Scheidemann die Regierung herabwürdigen wollen. Dabei hatte gerade Scheidemann von der Unterstützung Mut und Kraft gegenüber allen Stellen gefunden und erklärt, daß eine Regierung, die mit solchen Eigenschaften ausgestattet diene, von der Sozialdemokratie freudig unterstellt werden würde.

Gegenüber allen diesen Verbrechen stellte Scheidemann in einer großen Schärfe die Wahrheit fest, für die zu kämpfen er Deutschland aufopfern sollte. Mit einer Handbewegung hob er das Gebilde zur Seite, daß die Sozialdemokratie einen Konflikt zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung herbeiführen wolle. Die Sozialdemokratie beunderte, wie jeder vernünftige Mensch, das militärische Genie eines Hindenburg und Ludendorff; sie wünscht ein einziges harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Heeresführung und Regierung, aber sie will nicht, daß die Generale in der Politik kommandieren. Den Konflikt herbeiführen wollen nur die, welche siegreiche Heerführer vor ihren reaktionären Vorgesetzten spinnen möchten, um diesen aus dem Sclamm herauszukriechen.

Die von Scheidemann geforderte klare Abgabe an alle Eroberungspläne und Berolindende Parteien hat die Regierung leider auch heute nicht abgegeben; sie lobiert immer noch. So muß es denn bei der Weisheitsbewegung sein bleiben haben.

Nach der Bewilligung des Etats des Reichskanzlers wurde beim Etat des Auswärtigen Amtes auf der Aukarier Friedensvertrag behandelt. Hierbei sprach der Abg. Thoma die scharfste Behandlung unserer Gefangenen in Rumänien zur Sprache. Oberst Franzel gab zwar Greenel, die jeder Beschuldigung spottete, zu, meinte aber doch, sie würden in unserer Presse übertrieben. Ministerpräsident Brüning erklärte, daß im Friedensvertrag sowohl für ausreichende Entschädigung der Gefangenen als ihrer Hinterbliebenen wie für Bestrafung der an den Greueln Schuldigen gefordert sei.

Um 1/2 Uhr vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

vier Monaten wird die Verfassungsorder herauskommen und der Aufmarsch zu den Neuwahlen beginnen. Alles Betern der Deutschen Tageszeitung, daß die Regierung lieber östretzen solle und daß sie sich mit diesem Wahlkampf im Krieg am Gemeinwohl verjüngte, werden doch nicht mehr schaden.

Die Feinde des gleichen Wahlrechts im Dreiflohenparlament haben sich in den Wahlrechtsdebatten genug Mühen gegeben und sich arg bloßgestellt. Ertröben wäre die Annahme leichtfertig, daß ihre Niederringung bei einer Neuwahl unter dem Dreiflohenparlament leicht wäre. Es wird zweifellos einen heftigen Kampf kosten, der nur bei besten Zusammenhalten aller Wahlrechtsfreunde Aussicht auf Erfolg verspricht. Auf Grund der ursprünglichen Regierungsvorlage eine Einheitswahl gegen die Wahlrechtsfeinde — das muß der Grundplan für den Aufmarsch zu den Neuwahlen sein. In offenem Wahlkampf muß die Entscheidung fallen.

Eine gewaltige Rundgebung der Metallarbeiter.

Mehr als 3000 Vertrauensleute der freien, christlichen und sächsisch-dunkelischen der Metallarbeiterorganisationen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes waren am Sonntag einer Einladung nach dem sächsischen Saalbau zu Essen gefolgt. Neben Regierungs- und Gewerbetartern waren eine Anzahl Landräte und Städtevertreter erschienen. Wegen Mangel an Personen hatten sich einschließend lassen das Generalkommando in Münster und das Kriegsmann in Berlin. Ausführend wurde die Vorträge beiproden und festgesetzt, daß 2000 M. Stundenlohn für gelernte Arbeiter und 900 Mark bis 1250 M. für Feuerarbeiter die überwiegende Regel seien. Die mangelhafte Verorgung der Arbeiter mit Kleidungsstücken, die enorme Steigerung der Krankenziffern u. a. wurden ausführlich besprochen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Arbeitsvermittlung, insbesondere des freien Sonntagsabendmittags. Mitleidet und selbst begrüßt wurde die Nachricht, daß 80 Prozent der Arbeiter des Mittlere Gültigkeits nach ergebnislosen Verhandlungen am letzten Sonntag sich den freien Nachmittags auf eigene Faust geholt haben. Die Organisationsleiter hoben nachdrücklich hervor, daß sie bei Nichterfüllung der Wünsche der Arbeiter jede Verantwortung ablehnen müßten. Einstimmig wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Die Konferenz erklärt, daß die Hütten- und Metallarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in der Beschaffung des heeresbedarfs herorragendes geleistet und noch zu leisten haben, trotzdem ihre Arbeits- und Lebensbedingungen großer Erschwernisse ausgesetzt sind. Diese noch stetig zunehmenden Erschwernisse sowohl wie tendenziell einseitige und erträglicher zu gestalten, ist ein dringendes Gebot, da nur dadurch die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung der Metallarbeiter in erforderlicher Höhe gesichert werden kann. Im Interesse einer unerminderten Arbeitsleistung und Aufrechterhaltung der notwendigen Kräfte der Arbeiter ist nach wie vor auf das entschlossenste zu fordern:

1. Daß die Vorne der Arbeiter der fortschreitenden Verringerung der Lebensmittel, insbesondere aber der Verringerung der Arbeitslohn- und Hausverhältnisse entsprechend erhöht werden. Gegen die vielfachen lebensdienlichen und beunruhigenden Bespannungen von den hohen Arbeiterlöhnen wird ausdrücklich protestiert.

2. Daß jegliche Verschlechterung in der Lebensmittelerzeugung hintanzuhalten werden. Angehörige der an sich schon unzulänglichen Ernährungsbereitungen sowie der hohen Arbeitslohn, die an die Arbeitsleistung der Arbeiter gestellt werden, sind Verschlechterungen in der Nahrungsmittelherstellung untragbar.

3. Da durch die anhaltenden Ernährungsschwierigkeiten die Notlage der Arbeiter in absehbarer Zeit kaum ausreichte Erleichterungen erlangen dürfte, sind die in mehreren Orten bereits eingeleiteten Streikaktionen zur Verhinderung der Arbeitskraft mit Nachdruck durchzuführen. Die Lasten, die in großen Industriebezirken Deutschlands während des Krieges Arbeitsleistungserwartungen durchgesetzt werden, beweist, daß die Sicherung der heeresbedarfsleistung durch in keiner Weise in Frage gestellt wird. Die Arbeitszeit ist in der rheinisch-westfälischen Hütten- und Metallindustrie am aufrechterhalten, die Arbeitszeit fast allenthalben bedeuten länger, als sie bereits in den vorerwähnten Industriebezirken war.

Das Höchstmaß dessen, was den Metallarbeiter der Hütten- und Metallindustrie des Reichs durchdringen ist, kommt im besondern dadurch zum Ausdruck, daß Arbeitsleistungen und Streiks bedenklicher Art während der bisherigen Kriegszeit vollkommen vermieden wurden. Im 10. muß mühen die Arbeiter auf die Anerkennung ihrer berechtigten und durzuführen Forderungen bestehen.

Eine zweite Entschließung fordert in der Voraussicht der wirtschaftlichen Kämpfe, die den Arbeitern der Schwerindustrie in der kommenden Friedenszeit mit jeztlicher Eifergeit bevorzugen, alle Metallarbeiter auf, unverzüglich und nachdrücklich ihre Kampfbereitschaft zu zeigen, um den Arbeitern der Hüttenindustrie die Gewähr zu bieten, eventuell ausbrechende wirtschaftliche Kämpfe erfolgreich durchzuführen zu können.

Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Diesen Donnerstag wird im preussischen Dreiflohenparlament der fünfte Akt der Wahlrechtsdebatte gespielt. Die Spannung der Zuschauer ist auf den Ausbruch gespannt, und allgemein betrachtet man diese fünfte Lesung als eine bloße Formalie. Es spricht in der Tat viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Dreiflohenparlament darauf verzichten wird, sich noch weiter zu blamieren. Es dürfte die Weisheit viertes Lesung einfach bestreiten, die bekanntlich durch hinauslaufen, unter Ablehnung des gleichen Wahlrechts zwei Instanzen zu geben, eine für eingehende Greie und eine für alle Teile außer den Arbeitern und Kriegsteilnehmern.

Dieses herrliche Ereignis dreiflohenparlamentärer Gesetzgebungskunst geht dann an das Herrenhaus. Angeblich bezieht sich die Regierung dort eine genügende Anzahl von vernünftigen Menschen zu finden, um einige der gefährlichsten Unsinnsfetzen dieses Wahlgesetzes auszumergen. Sie will dann noch einmal, gestützt auf die Autorität des Herrenhauses, vor das Abgeordnetenhaus treten, um es eindringlich ermahnen, das Königsverbrechen schuldig wahr zu machen. Strauß sich auch dann das Abgeordnetenhaus, in dem endlich der Donnerstags der Ausführung beizumischen führen. Die Arbeiterklasse kann diesem Regierungsplan keinerlei Beifall abgeben. Nach unseren Erfahrungen mit dem preussischen Herrenhäusern haben wir es für ganz ausgeschlossen, daß dort anders entfallen wird, als Seydewitz will. Und wenn selbst der Wunderglaube recht behielte, daß sich dort ein höheres Verantwortungsbewußtsein gegenüber Deutschlands Zukunft offenbarte, würde doch auf die Erörterung der Dreiflohenparlament nicht den mindesten Eindruck machen. Denn diese Kämpfe eben in ihrem Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht um ihr Leben; die jetzigen Wahlrechte in der Freundesrunde wären ja faktisch vollständig erledigt, wenn das gleiche Wahlrecht durchginge.

Deshalb war es auch falsch anzunehmen, daß die Regierung nur erlischt zu wollen und zu drohen brauche, um das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Nein, der Vorkämpfer weisen die Mann- und Industriellen nicht zurück, sie müssen in hartem Kampf tatsächlich überwinden werden. Mit bloß moralischen Mitteln kommt man diesen Herrschaften nicht bei. Erst das einmal fest, dann ist die Notwendigkeit der

Aufklärung nicht mehr zu umgehen, und es bietet keine absolut entscheidende Stelle, ob sie ein paar Wochen früher oder später erfolgt. Die Regierung hat Wert darauf gelegt, erst alle verfassungsmäßigen Instanzen anzurufen, damit man ihr nicht vorwerfen könne, sie habe irgend ein friedliches Mittel unbenutzt gelassen, um zum Ziel zu gelangen. Ein Wahlkampf in Kriegszeit ohne Teilnahme der Frontkämpfer hat ja naturgemäß etwas Mißliches, und so ist es vielleicht entschuldbar, daß die Regierung ihn erst entziehen wird, wenn ihr kein anderer Weg mehr bleibt.

Die Regierung hat nun Klarheit darüber geschaffen, daß sie sich eine Verschleppung ins Endlose nicht bieten läßt. Sie hat auch den Konventionen keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn im Herbst das gleiche Wahlrecht nicht Gesetz geworden ist, die Auflösung kommt, ganz bestimmt noch in diesem Jahr. Daß andere, militärische Stellen sich einmühten mit der Regierung auf diesen Gebiet Vorgriffen gemacht hätten, ist oft behauptet worden. Aber wir haben unter Grund anzunehmen, daß es trotzdem doch ein Märchen ist, das Gespöch und Vergnügen in die Linienpreise lenziert hat, um durch den Klängen an eine mächtige Hilfe seine schwimmenden Anhänger bei der Etage zu halten und um andererseits neues Mißtrauen zwischen die Volksparteien und die militärischen Stellen zu säen; denn bei einem ersten Konflikt zwischen ihnen würde natürlich der Weizen der Reaktion blühen. Die Regierung hat jedenfalls sich in diesem Punkte niemals damit zu entschließen versucht, daß sie nicht könnte, wie sie wollte, daß vielmehr stets behauptet, die volle Verantwortung für ihr Handeln selbst zu tragen und bereits die Unterfertigung für die Vollmacht zur Auflösung zu besitzen. Da wir keinen Grund haben anzunehmen, daß Männer wie Hertling und Bager liegen, müssen wir also glauben, daß es sich wirklich so verhält.

Der Zwiespalt des königlichen Wahlrechtsvertrabens ist nahe bevorstehend. Die Vertreter des Kronens im Herrenhaus können, wenn sie wollten, die Wahlrechtsverhandlungen auf die dreiflohenparlament verfrachten. Aber noch immer steht das Schicksal des gleichen Wahlrechts im Ungeheuren. Die Geduld des Volkes ist auf eine harte Probe gestellt worden. Nun rufen aber auch die Kampftage näher. In drei bis

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

146. Sitzung, Mittwoch, den 3. Juli 1918, 2 Ubr.
Eingegangen ist der Bericht des Reichsausschusses vom 12. Juli
bis 20. September.

**Denkschrift über die Wiederherstellung
Ostpreussens.**

Abg. v. Plehne (König): Ostpreußen hat seinen Dank für die Hilfe der Großtaten auch in den letzten Jahren wieder durch Aufnahme von Großindustriellen gezeigt. Die Befestigungsausschüsse arbeiten noch immer unglücklich langsam. Nachschub wird sehr kleinlich vorgezogen.
Abg. Ransow (Sp. Rp.): Der Wiederaufbau ist infolge Kräfte- und Materialmangels zurückgefallen. Den Siegeln sollte man nicht die Zeitraumen wegnehmen dürfen.
Abg. Dr. Remsch (FreiL.): Der Wiederaufbau Ostpreussens muß so rasch wie möglich erfolgen.

Minister des Innern **Dr. Drews:** Eine Erhöhung der Pauschalätze der Entschädigungen ist begründet und bereits angeregt worden, da die Gengabegrenzungen nicht voll zur Entschädigung kommen. Für außergewöhnliche Schäden mußte ein besonderer Dispositionsfonds vorhanden sein. Dieser wird in den nächsten Jahren besetzen. Die Hauptfrage ist die richtige Stelle bei der Festsetzung der Schäden, und in Entschädigungsausschüssen. Alle beteiligten Beamten sind mit Ernst und Eifer befaßt, im Geiste der Gerechtigkeit und der Ordnung Ostpreussens wieder aufzubauen.

Abg. Braun (So.): Die beim Russeneinfall gemachten Zufügen sind nicht voll entschädigt worden. Wir wünschen volle Entschädigung der Kriegsschäden in Ostpreußen, soweit sie über das Maß berechtigter Opfer hinausgehen, die die gesamte Bevölkerung im ganzen Staate bringen muß. Die Schadenersätze müssen selbstverständlich voll entschädigt werden und dabei soll nicht kleinlich vorgegangen werden. Verluste, etwa sich an der Entschädigungssituation zu berechnen, müssen mit aller Energie bekämpft werden. Selbstgabe wird bei solchen Verlusten am meisten die Christen (siehe richtg. b. d. So.). In einem Falle sollte nach 2 1/2 Jahren durch einen zweiten Schadenersatz die wahren Schäden festgestellt werden, nach drei Jahren wurde ein dritter Schadenersatz beantragt, der noch die längst ausgezahlte Schadenersatzabgabe als zu hoch beklagte und dem Mann Erlösung auflegte. Ein so schleppendes Entschädigungsverfahren schadet mehr als es nützt. Es sind jetzt nach drei Jahren erst einige Prozente der Gesamtschaden entschädigt worden. (siehe richtg. b. d. So.). Die volle Wiederherstellung Ostpreussens wird erst im Frieden möglich sein. Den Grenzwahl, der Ostpreußen nach ihrem Verlangen sichern soll, kann ich nicht erlauben in unabhängigen Grenzstaaten, deren kleine Streitigkeiten im Widerspruch zur Masse des Volkes auf eine Verbindung und Personalunion mit Deutschland hinwirken, sondern nur in unabhängigen Grenzstaaten, deren Völker aus freiem unbefangenen Willen auf Grund ihrer wahren Interessen mit dem Deutschen Reich in Frieden und Freundschaft leben wollen. (siehe b. d. So.).

Mad. Kurzer weiterer Debatte wird die Denkschrift zur Kenntnis genommen.
Die Mittelberabgabe.
Abg. Dr. Heß (Zentr.) begründet einen Antrag auf Zahlung der abgelieferten Männerkleider zum heuligen Werte.
Abg. Conrad (König.) unterstützt den Antrag.

Ein Vertreter der Wirtschaftskammer: Für die Kriegswirtschaft werden 3 Millionen Beschäftigte für Arbeit gebraucht. In erster Linie wird der Bedarf aus umgearbeiteten Uniformen, sonstigen Militärkleidern, erbeuteten Porzellan und aufgearbeiteten Waren gedeckt, nur 1 Million Krüge soll die Zivilbevölkerung anbringen. Von Beschäftigungnahme hat die Wirtschaftskammer nie gesprochen. (Widerpruch.) Dieser Glaube ist die Folge einer Indistinktion und unrichtigen Presseführung, unsere Berichtigung möchte keinen Eindruck. Die Gemeinden können angemessene Preise bezahlen. Die Kaufkraftsituation richtet sich nur an denjenigen, die überflüssige Kleider haben. (Widerpruch.) Die Verbrauchsfrage ist ein Appell an das Schicksal. Jeder eine Beschäftigungnahme hat sein Recht. (Widerpruch.)
Donnerstag 12 Ubr.: 5. Sitzung der Wirtschaftsausschüsse, Beratung des Reichs, weiterer Vorträge.
Schluß 7 Ubr.

**Der Oberbürgermeister Vorgesetzter
der Magistratsmitglieder.**

In der Verwaltungskommision des Magistrats Reutllin gegen Oberbürgermeister Käfer, in der es sich um die Frage handelt, ob der Magistrat oder der Oberbürgermeister Dienstvorschriften der Magistratsmitglieder und städtischen Beamten ist, hat das Oberverwaltungsgericht eingutachtet, daß der Oberbürgermeister Vorgesetzter der Magistratsmitglieder ist.

In Verfolg der oben erwähnten Denkschrift des Magistrats Reutllin richtete das Kriegswirtschaftsamt an den Oberbürgermeister von Reutllin das Ersuchen, die städtischen Beamten bei Zeugnisaussagen vor der Verpflanzung der Amtsverhältnisse in die Hände zu emittieren. Durch Beschluß vom 10. Dezember 1917 lehnte der Magistrat es ab, den Magistratsmitgliedern und Beamten die Genehmigung zu erteilen. Der Regierungspräsident, zu demobem ersuchte daraufhin auf Anweisung des Staatsanwalts in Reutllin am 4. Januar d. J. den Oberbürgermeister von Reutllin, den Magistratsbeschuß zu genehmigen. In dem darauf vom Magistrat Reutllin gegen die Beantragung des Oberbürgermeisters eingeleiteten Verwaltungsverfahren beklagte der Magistrat, daß vorgelegte und überste Dienstbehörde der städtischen Beamten der Magistrat ist, die Regierungspräsident sei die Aufsichtsbehörde, aber nicht Vorgesetzter der Magistratsmitglieder. Der Magistrat beantragte, die Beantragung des Oberbürgermeisters aufzuheben. Der Zeugnisausschuss in Potsdam hat am 5. Februar d. J. die Klage abgewiesen. Auf die dagegen eingeleitete Berufung des Magistrats fand vom 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts mündliche Verhandlung statt. Das Oberverwaltungsgericht verurteilte nach längerer Beratung folgende Entscheidung:

Mit der Berufung des Klägers wird die Beantragung des Zeugnisausschusses bestätigt und den Ausführungen des Zeugnisausschusses beigestimmt. Der Beschluß des Magistrats hat sich nicht innerhalb der Befristung des Magistrats gehalten. Für die Ansicht, daß der Oberbürgermeister Dienstvorschriften der städtischen Beamten ist, sind die gesetzlichen Bestimmungen in § 108 der früheren Städteordnung, in der Einführung für die Städte magistrats vom 1835 und in § 85 der revidierten Städteordnung von 1835 enthalten; für die gegenteilige Ansicht fehlen alle gesetzlichen Unterlagen. Der Oberbürgermeister ist auch Vorgesetzter der Magistratsmitglieder. Der Magistrat war daher nicht befugt, darüber zu bestimmen, ob die Genehmigung zur Zeugnisaussagen zu erteilen ist oder nicht. Deshalb unterlag sein Beschluß mit Recht der Beantragung.
Zu dem Verfahren wegen Höchstpreisüberziehung, das gegen den Oberbürgermeister und einzelne Magistratsmitglieder von Reutllin eingeleitet ist, wird mitgeteilt, daß die neue Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918, wonach der Käufer (also auch eine Gemeinde) sich nicht

streifen mag, wenn es beim Weiterverkauf den gesetzlichen Höchstpreis und die Nationalerwerbsschriften nicht übersteigt, auf die Angelegenheit von bedeutendem Einfluß sein dürfte. Es wird in nächsten Kreisen angenommen, daß der Bundesratsverordnung rückerkündend die Kraft beseitigt ist und von einer strafgerichtlichen Durchführung der Sache abgesehen wird.

Zu der Zwickauer Fleischbeschlagnahme.

In der gestern gemeldeten Angelegenheit in Zwickau hat das dortige Bezirksamt dem Sächsischen Volksrat folgende Berichtigung auf Grund des § 11 des Preugesetzes (1) ausgestellt:
Sobwohl im Falle Schön-Jügen als in dem anderen von Ihnen erwähnten Falle, den von Voll Mühlstein in der inneren Stadt nennen wollen, sind die vorerwähnten Waren beschlagnahmt, zum Zwecke der genaueren Mengenfeststellung vorübergehend vom bisherigen Aufberechtigungsorte entfernt und jobann unter Aufrechterhaltung der Beschlagnahme wieder an den bisherigen Aufberechtigungsort gebracht worden.
Die Sache Schön-Jügen ist nach Abklärung der polizeilichen Erörterungen der Königlich Sächsischen Staatsanwaltschaft übergeben worden. In dem Falle Mühlstein in der inneren Stadt handelte es sich um Borsäure, die einigen 20 beschlagnahmten Eigentümern gebührt. Am 20. Juni d. J. nachmittags waren die Erörterungen sofort vorgerichtet, daß die Beschlagnahme bei dem größten Teile dieser Waren aufgehoben werden konnte, weil einwandfrei nachgewiesen war, daß es sich um Abgabegüterhandlungen aus dem Jahre handelte. Die Freigabe ist der Staatsanwaltschaft am 20. Juni d. J. nachmittags erfolgt worden, der gegenüber auch die Beschlagnahme ausgesprochen worden war. Es blieben von den einigen 20 Fällen nur 3 übrig — unter diesen 3 Fällen befindet sich nicht die von Ihnen erwähnten Fälle —, bei denen sich weitere Erörterungen notwendig machen; 2 davon sind inzwischen an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Die Erörterungen im letzten Falle sind noch nicht abgeschlossen.

**Sammelt alles Abfallgut!
Nichts ist wertlos!**

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 16001 bis 20000, nachmittags von 2—6 Uhr: 20001—24000 der Lebensmittelkassette in der Talamstraße. Jede Person auf Abchnitt 13 der Kartoffelkarte 3 Pfund.
Wager und Buttermilch. Freitag nachmittags 4 Uhr an auf Abchnitt 9 des Einkaufsausschusses über Mollereteilungnisse bei den Milchhändlern Brockhaus, Ludwigsstr. 26, Kroneis, Düstauer Straße 6 und Scharke, Rudolph-Samptstraße 35, sowie in der Verkaufsstelle der Mitglieder der Mollereteilung, Beuelerstraße 1, Jede Person 1/2 Liter auf die neuen Lebensmittelkassette Nr. 15001—20000.
Quark. Freitag auf Abchnitt 8 des Einkaufsausschusses über Mollereteilungnisse bei den Kaufleuten Graumann, Laßstraße 2 und Brand, Zehroter Straße 58. Jede Person 1/2 Pfund auf die neuen Lebensmittelkassette Nr. 67001—71000.

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenzettel eingeleitet haben, werden aufgefordert, am **Donnerstag, dem 4. Freitag, dem 5. Sonntag, dem 6. Juli 1918**, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Guppen abzugeben.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.
Halle, den 3. Juli 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Hände unter dem Verbandsbilde des Stadt-gutes Eintrag hier ist erloschen. Die Schutzmaßnahmen sind aufgehoben worden.
Halle, den 2. Juli 1918. Die Polizeiverwaltung.

**Hallecher Hausfrauenbund
Schullehrgang für Anfertigung von
Straßenschuhen.**

Anmeldungen Große Steinstraße 161 (9—12 u. 3—5 Uhr) und Rathhausstraße 17 (10—12 Uhr) wochentags, 1319)
Mitglieder Ermäßigung.

Dr. Ed. Davidmar:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Davidmar in einem von dem Reichsausschuss für den Friedensvertrag im Reichstag am 4. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter besten Umständen in unseren Kreisen im Jahre erschienen. Nun dem Inhalt leben wir heute: Die imperialistische Weltanschauung, die den Krieg herbeiführte, ist die Ursache der Schuld am Kriege. — Der Hauptteil der Schuld am Kriege ist auf den Kriegsherren zu verlagern, die den Krieg herbeiführten. — Die Schuld am Kriege ist auf den Kriegsherren zu verlagern, die den Krieg herbeiführten. — Die Schuld am Kriege ist auf den Kriegsherren zu verlagern, die den Krieg herbeiführten.

In Verlegen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

**Maurer und Bauarbeiter
Schoenemann & Schwarz, Turmstraße 5**

**Helmatfronttheater
des IV. Armeekorps.**

Thalia-Theater.
Sonntag, den 6. Juli 1918, abends 8 Uhr
**Musikalische Hauskomödien
des Theaterkulturverbandes.**

- Vortragsfolge:
1. **Das Teebrett.** Ein Idyll mit einem Zwischenfall. Musik von Joseph Haydn.
 2. **Das alte Lied.** eines Notenfundes. Musik von W. A. Mozart.
 3. **Onkel Tobias oder die Brennschere.** Musik von Joseph Weigt.
 4. **Zurück zur Natur.** Ein Sennhütten-schwank. Musik von Wenzel Müller.
- Karten zu M. 1.80, 1.50, 1.— und 60 Pf. in der Hofmusikalienhandlung von W. Hothar, Gr. Ulrichstraße. [1324]

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Gestern nachmittag verschied nach ganz kurzem Krankenlager plötzlich und unerwartet unser langjähriger Rechnungsbeamter

Willy Anton

Halle a. S., Bernhardsstraße 14.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen stets fleißigen und zuverlässigen Beamten, dessen Andenken bei uns und seinen Mitarbeitern in Ehren gehalten wird.
Halle a. S., 3. Juli 1918. [1328]

„Iduna“
Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft A.-G.

**Dauernd Parteikrieg
oder Wiedervereinigung.**

Erwägungen und Anregungen zur Kritik in der heutigen Sozialdemokratie.
Von **H. Drescher.**
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

**Eine sorgenfreie
Zukunft**

was die Ernährung anbelangt, verbürgt der Gebrauch unseres **Dampfeinkochapparates**. Er hat ganz besondere Vorzüge: schließt die Gläser unbedingt fest, garantiert für jahrelanges Frisshalten von Obst, Gemüse und Fleisch, spart bedeutend an Zeit und Brennstoff.
Unsere Einkochgläser passen zu jedem vorhandenen Apparat.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipziger Straße 90.

Bad Wittekind.

Freitag, den 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kur-Konzert

von 11330 Stadttheater-Orchester
Leitung: Kapellmeister Karl Näher,
unter Mitwirkung des großherz.hess. Kammer-virtuosen Louis Kömml (Cornet à piston) von der Hofkapelle aus Darmstadt.

Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.
Der Kammervirtuose Louis Kömml wirkt auch in dem Frühkonzert am Sonntag u. Sonntag-Nachmittagskonzert in Wittekind und am Sonntag-Abendkonzert im Zoo mit.

Stadt-Theater

Freitag, 5. Juli
Anfang 7.30 Uhr. Ende 10.30 Uhr
Die Rose von Stambul
Operette von Leo Fall.
Sonntags: Der Troubadour.

Thalia-Theater

Sonntag, den 7. Juli 1918
abends 7 1/2 Uhr. [1327]
 Gastspiel des Stadttheater-Parasiten
Bunter Abend.

Blau.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier faulst
Alb. Bode jun., Ahausstr. 22.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 151.

Halle, Donnerstag den 4. Juli 1918.

2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 4. Juli 1918.

Juli.

Der Juli und August sind die einzigen Monate des Jahres, die ohne Namen sterblichen Menschen zu Ehren tragen. Ursprünglich hieß der Juli bei den alten Römern Der Quintilis (der fünfte Monat); durch die Kaiserreform des C. Julius Cäsar wurde der siebente Monat des Jahres und erhielt als Geburtsmonat Cäsars diesen zu Ehren den Namen Julius. Bei den Monatsnamen Juni und Juli ist aber die lateinische Endung „us“ weggefallen, jedoch schrieb man noch bis in das vorige Jahrhundert hinein Juni und Juli und daraus ist das heutige Juni und Juli hervorgegangen.

Mit dem 1. Juli stehen wir an der Schwelle der zweiten Jahreshälfte, der Höhepunkt ist bereits überschritten und die Tage nehmen, wenn auch zuerst kaum merklich, doch schon wieder ab. Klein, wenn die Tageserleuchtung der Sonne auch länger ist, so verbleibt sie doch gerade in diesem Monat ihre glühendsten Strahlen. Schönes natürliches Sommerwetter wäre allerdings auch nach dem kalten und nassen Juniende recht erünscht, hauptsächlich wegen der Kornreife, zu der der Landmann beständig Bedacht braucht. Es steht zu hoffen, daß einem frühen und regenreichen Juni ein wärmerer Juli folgt, denn die heißesten Julimonate des 20. Jahrhunderts traten in die Erscheinung, wenn der Juni noch und kalt war. Da wo wir in diesem Sommer eigenartige Hitze so gut wie gar nicht gehabt haben, so können wir, da diese ja erst mit den Dunsttagen, wie alljährlich, zu erwarten ist, zuversichtlich den kommenden Wochen entgegensehen. Der Tage, an denen das Thermometer 25 oder 30 Grad zeigt, wird es vermuthlich noch genug geben. Die hohe Temperatur im Verein mit der durch reichliche Niederschläge erzeugten Feuchtigkeit des Erdbodens bewirkt das reichhaltige Gedeihen der Vegetation. Nicht sowohl durch die Dauer, sondern die Masse der Regenfälle, die noch durch Gewitter verstärkt werden, rechnet der Juli zur regenreichsten Zeit des Jahres. Der tägliche Wärmeüberschuss aber geht in den letzten Sommerwochen nicht verloren, daher ist der Juli der günstigste Monat für das Wachstum des Gemüses und Obstes. Das Getreide reift zur Ernte, man sieht die goldenen Felber leise wehen in Wind und Sonnenchein, das um die Mittagszeit überfallene Regen brütet. Schön und gewaltig ist der Juli, der wahre Sommermonat, mit diesen Worten feiert Heinrich Seidel diesen Festmonat.

Mehr noch als in anderen Jahren hoffen wir, daß die sprießwüchsigste Julitags die kühlen Junitage bald abtut, denn in den meisten Gegenden unseres Landes beginnt bald die Ernte, ja stellenweise hat schon der Roggenstopp begonnen. Ein alter deutscher Spruch lautet: „Im Juli großer Sonnenbrand ist gut für alle Leute und Land“. Aber auch den Weinbauern und Obstzüchtern ist eine große Julihitze recht willkommen, denn sie sagen: „Aur in der Julitags wird Obst und Wein der gute“. Erfahrungsgemäß fällt ja auch die heißeste Zeit des Jahres in die Tage vom 10. Juli bis zum 10. August und da pflegt das Wetter auch meist beständig zu sein. Möge also den Schmitzen eine helle Julisonne strahlen und die Ernte recht reich ausfallen. Was lange wird es dauern, dann bilden wir wieder über Stoppelfelder in die Ferne, hoffend, daß uns das abwärtsstreichende Jahr noch vor seinem Ende den Frieden bringe!

Aufklärung über Bekleidungsfragen.

Der Reichsfinanzminister für bürgerliche Kleidung, Geheimrat Dr. Veitler, hielt jetzt in der Bürgerhalle des Berliner Rathauses einen Vortrag, der den Zweck verfolgte, die zum Teil einer recht starken Kritik unterworfenen Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle zu verteidigen. Dr. Veitler erinnerte daran, daß der Staat unsere Einführung in Zivilkleidung, Kragen und fertigen Waren, die nun im Saalge fest ganz eingeführt sind, im Jahre 1913 auf 12 Milliarden Reich mark, deren Ausfall nun durch Sparmaßnahmen im eigenen Lande wett-

Handel und Wandel.

Von F. W. Kadländer.

Seit jenem Abend, wo ich in der Psychoanalyse geistig herumgelaufen war, und nachdem der Buchhalter gesehen, daß ich mit keiner Silbe der Ereignisse jenes Abends gedacht, hatte er mich mit seinen Befremdungen in Frieden gelassen. Mit Widerwillen dachte ich an das, was ich gesehen und gehört hatte. Meinem besten Freund, des Doktor Burbus, erzählte ich das, was ich gesehen und gehört hatte über mein Herz und mein Gemüt geworden, und der geduld, was langsam und verderblich zu unumwidlich. Das einzige, was mich in der Erinnerung an jene Zeit kümmerlich und doch süß erwidert, war das Andenken an meine Nichte Emma; die wilden Träume, die nachtslichen Schatten und grellen Bilder, die ihr Bild damals umgaben, waren wie Herkules vor der aufsteigenden Sonne, vor ihrem klaren Bild in die Tiefe hinabgefallen, aus der sie aufsteigend, und rein verflärt das Bild des schönen Mädchens in meinem Innern.

Da ich dem Doktor nichts verdächtig, so machte ich ihn auch mit meinem Gefühl für meine Nichte bekannt, das er eine Leidenschaft nannte, die sich vielleicht mit der Zeit zur Liebe abklären könnte. „Nur jetzt aber, hochverehrter Stammmann“, sprach er in seiner dicken und gelinden Manier, „für jetzt aber lassen Sie dergleichen Gedanken dahinter und schauen Sie vor sich auf den hohen steilen Berg, den Sie noch zu erklimmen haben, um einen Ort zu erreichen, wo Sie sich im Schatten einer arbeitsamen Bergangeheit Ihre Sünde bannen können.“ Der Doktor hatte ich reden, er hatte jene Höhe erreicht, und hatte sich seine Sünde erbaut, die außen herumgewallt und sichtlich eingerichtet war. Diese Höhe bestand aus sechs Zimmern, in einer der besten Straßen der Stadt, die jetzt Frau Doktor Burbus hieß. Man kann sich leicht denken, wie froh und glücklich unter Wiedersehen gewesen war! Da wurden alle alten Erinnerungen aufgefischt und nach freundlichen Erzählungen und Fragen über die lebendigen Wesen in der Nähe, nach vielen Grinsen von dem Vater und

gemacht werden soll. Was aus den neutralen Ländern kommt, ist nur gering, und die immerhin sehr bedeutenden Mengen, die aus den besetzten Gebieten herbeigeführt wurden, sind zum größten Teil von der Reichsregierung beschlagnahmt worden. Dr. Veitler enthielt sich dann die Maßgriffe, die beim Verkauf gezeigter Bekleidungsstücke vielfach getroffen worden, und sprach über die Wäsche, die jetzt im Gange befindliche Sammlung von einer Million Ärmeln feilt der Arbeiter mit, daß in zahlreichen Kommunalverbänden die geforderte Anzahl von Ärmeln bereits aufgebracht sei. Mit den übrigen Kommunalverbänden werde die Reichsbekleidungsstelle nach Ablauf einer angemessenen Zeit in Verbindung, in welcher Weise das Sommerergänzt und Wagnahme getroffen werden, um die Säuglinge an die Erfüllung ihrer daterländischen Pflichten zu mahnen. Denn es müsse selbstverständlich vermieden werden, daß die eifrigen und erfolgreichen Kommunalverbände etwa zugunsten der Säuglinge stärker herangezogen werden.

Auf die Wäsche von den Kreisen der Bevölkerung gestellte Forderungen, die nicht etwa schon in nächster Zeit ein weiterer Zugriff in die Privatlebens- und Wirtschaftsbedingungen der Kriegszeit nicht Zulagen und Versicherungen geben, deren Einzahlung nicht absolut fehlerhaft. Wenn aber, namentlich in den letzten Wochen auf dem Gebiete der Bekleidungsfrage Schwierigkeiten gemacht worden sind, die ausgedehnte Verwendung von Woll-, Woll- und Strickwaren aus reiner Bekleidungsfrage ermöglichen werden, und wenn ferner die Verteilung von Geweben aus Kunststoffe und Kunstbaumwolle für die bürgerliche Bevölkerung in größerem Umfang möglich geworden ist, so glaube er, daß dem gegenwärtigen Stande der Dinge sogar zu dürfen, daß ein noch maligert Appell an die Bevölkerung zur Abgabe von Bekleidungsstoffen nicht erforderlich sein wird.

Durch die Fortschritte in der Fertigstellungsindustrie sei die Sorge um die Bekleidung der Seemarine in der Hauptphase nunmehr behoben. Deutschland werde in den Tage sein, auch bei noch so langer Dauer des Krieges die früher eingeführten Stoffe zu entnehmen. Der Reichsfinanzminister schloß, indem er auch ein allgemeiner Eingriff in die privaten Kleiderbestände in Zukunft vermieden werden soll, so möchte ich, um ganz richtig zu sein, mitteilen, was eine allgemeine, aber wiederum vollständig freiwillige Sammlung von Kleidern noch bevorsteht, die in zahlreichen Gemeinden schon jetzt nicht ohne Erfolg begonnen hat. Es ist dies ein Schritt in die Richtung für die Bekleidungsfrage, die durch Mobilisierung zur Entlastung von größeren Soldaten und Förderung rechnen können als die jetzige Sammlung für die Seemarine. Die Reichsbekleidungsstelle hat der Frage der Kleiderbeschaffung für die zur Entlassung kommenden Soldaten seit langer Zeit sich zu befassen, der weitere Teil der Bekleidungsfrage ist der Bekleidungsfrage für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Auch finanziell hat die Reichsbekleidungsstelle und die Reichsleitung dafür nach allen Kräften gefordert, daß diese bürgerliche Bekleidung an die zur Entlassung kommenden armeren Soldaten möglichst billig abgegeben werden kann.

Der Stabstabsarzt hält vom 21. Juli bis 1. September keine dienstlichen Ferien ab. Während dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung in der Regel nur bei schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Die Gerichtsstellen. Am 15. Juli beginnen die bis zum 15. September dauernden Gerichtsferien. Das bedeutet aber nur, wenn es sich um die Bestimmung in dieser Zeit von Angeklagten, die gegenwärtig vor Gericht, vor Gericht, die sogenannten Festhaken, die überhaupt keinerlei Aufschub erlauben, und das sind zunächst alle Straffällen. In der Zivilrechtsprechung sind trotz Gesetzes alle Beschlüsse und die Maß- und Verfahren, die den Großverehrlichen betreffen, an und für sich ferngehalten. Von den Bau- und Mietfragen sind nur bestimmte Arten ferngehalten, nämlich die Kaufverträge über Vermietung eines Hauses und die Mietverträge zwischen Mieter und Vermieter oder Vermieter oder Mieter und Mieterbetreffend die Ueberlassung, Benutzung und Räumung der Wohnung und das Rückentrecht an den Möbeln und dergleichen mehr; die anderen Miet-

fragen, die in einem anderen Teil des Landes wohnen. Tageweise konnte die Frau der Doktor Burbus mit entschließen, von Emma zu scheiden, und nach einer kurzen Unterredung, die dieser mit der Mutter hatte, entschloß sie sich, ihr Kind für kurze Zeit zurückzulassen. Doch lagte sie zu dem Doktor ernst und fest: „Diese Anwesenheit in Ihrem Hause kann und soll nur als zeitweilige Beruhigung gelten und Emma soll sich so bald wie möglich nach einer ehrenhaften Verdingung umsehen, die sie in den Stand setzt, für ihr Fortkommen zu sorgen.“

So standen die Sachen, und mein Horizont schien sich wieder finstern umziehen zu wollen. In meinem Hause herrschte ein düsteres, unrauhedliches Leben, die Prinzipalität war durch den Pastor Erproher und den Haushalter Erproher in die Mitte genommen worden, und diese beiden Herren benutzten sich, das Herz der Prinzipalität, das sie in allen Dingen waren und menschlich liebte, in ihrem Sinne mehr für die wahre Gnade empfänglich zu machen. Die gute alte Frau, die früher ihr Morgen- und Abendgebet verrichtete, auch gern, wenn sie das Bedürfnis hierzu hatte, ein Kapitel in einem frommen Buche las oder ein Lied aus dem Gesangbuch, diese Herrliche, hübsche Frau, die in ihrem langen schwarzen Taubende vor einem Marmortisch besaß und umgeben viel Gutes getan hatte, und mit ihrem Gemüthen im reinen war, wurde nun durch die unglücklichen Bestimmungen der beiden Bedingten in ihrem Selbstbewusstsein wachend gemacht. Der Pastor Erproher lanierte unentwegend, welche große Sünde wir alleamt vor dem Herrn seien, und troste mit kalten Worten den Gebenden, als könne man leig werden und die Gnade eines sornigen Gottes erhalten durch ein Leben, das, wenn es auch noch den gewöhnlichen Begriffen an und fromm sei, sich nicht zur eigentlichen Aufgabe gemacht habe, durch ein innerstehendes Beten und unirdische Fertigkeit jener Gnade heilhaftig zu werden. „O, was ist der Mensch!“, sprach der Pfarrer, „für ein hoffärtig und sorglos Ding, glaubend wenn er einen Armen gibt und seine liebenden Dinge besetzt, er sei gesichert vor dem Horn des Schicksals! Wie erkennt man so leicht keine eigene Sündhaftigkeit und Verdorrenheit! Man sollte man zu Tod und Nichts um Ernte vernachlässigen und schließlich bitten, damit die Gnade eingieße in die Finsternis unserer Herzen!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Sanitätsstelle für die Heeresverwaltung hat folgenden über die Organisation des Sanitätswesens bekannt: Um dem Führeramt an der Front zu bebauen, hat unsere Heeresverwaltung eine Organisation der allgemeinen Sammlung von Wunden im Feld...

Die landwirtschaftliche Genossenschaft in Halle hat vor dem Reichstag hier die 25. Generalversammlung abgehalten, das Betriebsjahr betrug im Durchschnitt des Jahres 1917 rund 7856000 Mark...

Die Sommerferien in den einzelnen Provinzen sind in diesem Jahre wie folgt festgelegt worden: In Ostpreußen vom 29. Juni bis 1. August, in Westpreußen vom 5. Juli bis 6. August, in Ostpreußen vom 13. August, in der Provinz Posen vom 8. Juli bis 8. August...

Verstärker Sammelbehälter. Am 2. Juli, gegen 9 Uhr nachmittags, lag der Feldbehälter am Angerwege zwei Soldaten, von denen einer einen Kopf traf, aus einem Getreidefeld kommen...

Theater, Gehenswürdigkeiten usw.

Schlachtfelder. Heute Donnerstag findet die Eröffnung der Opernkapelle „Der Revisor“, Freitag „Die Nixe von Stambul“, Sonnabend „Der Troubadour“, Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr Vorstellung zu ganz kleinen Preisen...

Im Goethe-Theater zu Ludwigsfelde Sonntag, den 7. Juli, ein Beitrag von Mitgliedern des Hallenser Stadt-Theaters unter Leitung von Leopold Sachs etc. Der gelungene Reiztritt wird der Bühnenarbeit...

Das Operntheater des 4. Armee-Korps gibt hier seine erste Vorstellung am 6. Juli, abends 8 Uhr, in den Kavaliers. Zur Aufführung gelangen einige der besten Opernspiele, die unter dem Namen „Kavaliers“ allgemein bekannt sind...

Ein Welt-Königreich jünger Menschen über den Äquator. Im Mittelpunkt des Programms steht „Das alte Lied“ von Mozart, das gefolgt wird von einem kleinen Ballett...

Aus der Provinz.

Bergarbeiterlöhne in Mitteldeutschland.

Kampfstreit sind Lebensmittelpreise und Kriegsgewinn sowie die Anbahnung in der Presse bewirkt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vor sich abzulenken. In diesem Sinne werden die Lohnaufstellungen über Höhe Arbeiterlöhne verbreitet.

Table with 5 columns: Lohn der Bergarbeiter, Zahl der Bergarbeiter, Gehalt, Zuschlag, Lohn aus dem Jahre 1918. Rows include: Eigentliche Bergarbeiter (4004), Sonstige Bergarbeiter (9294), Sonstige Bergarbeiter (1947), Sonstige Bergarbeiter (2888), Tagesarbeiter (18004), Jugendliche unter 16 Jahren (1369), In Durchschnitt aller Bergarbeiter (36794).

Als nur 4004 Arbeiter haben einen Stundenlohn von 82 Pf. im Durchschnitt erreicht, der bei den heutigen marktschwelligen Preisen nicht ausreichend ist. Alle anderen sind sogar noch bedauerlich gelitten.

Die „spanische Grippe“

geht nun immer weiter und sich. Nach uns vorliegenden Meldungen sind in Magdeburg zahlreiche Personen unter Krankeibergreibungen, die jenen der „spanischen Grippe“ ähneln, erkrankt. Die Krankheit nimmt aber in allen Fällen einen günstigen Verlauf.

In Berlin wird die Zahl der Erkrankten auf über 3000 geschätzt, doch dürfte diese Zahl noch zu niedrig gegriffen sein. Am Dienstag früh fehlten in fast allen Schulen zahlreiche Kinder.

In der letzten Zeit haben sich auch in verschiedenen Orten Thüringens Erkrankungen an der „spanischen Grippe“ ereignet. Die Fälle sind zum Teil sehr zahlreich, so besonders der geringste Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorliegt.

In Süddeutschland hat die Influenza-Epidemie einen großen Umfang angenommen. Sie tritt seit etwa drei bis vier Tagen in den meisten Städten auf und erreicht z. B. in Karlsruhe, Mannheim und Ludwigshafen ihren Höhepunkt...

Werbung. Der Gläubigerstellungsverammlung lag ein Antrag vor, der die Befähigung der Vermögensverwaltung anordnet. Das Kollegium beschloß in diesem Sinne. Weiter erklärte man sich mit der Übernahme des Ehrenamtes zum Nutzen an zu befähigen, so daß nicht die lächerliche Unterstellung einwerfen lassen.

In einem andern Göttinger versetzt wurde, sei vor der Zeit gemacht. Sie trägt ein buntes Blüten, weiße Blüte und schwarzen Blatt. Am Sonntag, den 7. Juli, soll in den Kavaliers eine Veranstaltung stattfinden, die von der Stadtverwaltung ausgerichtet wird.

Bitterfeld. Der Strafkammerpräsident Dr. J. Kretschmer hat am 2. Juli die Angelegenheiten der Strafkammer in Halle angefaßt, voriges Jahr in die Gemeinnützige Bäder-Gesellschaft in Halle eingetragenen und sein am 1. Juli 1918 in Halle eingetragenen 2000 Mark zu haben.

Bitterfeld. Ein Reizeingangsamt ist jetzt auch hier eingerichtet worden. Die Aufgabe, öffentlichen Bädern und Gymnasien über einen Abdruck des Abdruckes der Interessenten zu vermitteln, diesen Ausgleich wird es in erster Linie im Wege der öffentlichen Einigung zu erreichen sein.

Bitterfeld. Die Strafkammer hat am 2. Juli die Angelegenheiten der Strafkammer in Halle angefaßt, voriges Jahr in die Gemeinnützige Bäder-Gesellschaft in Halle eingetragenen und sein am 1. Juli 1918 in Halle eingetragenen 2000 Mark zu haben.

Bitterfeld. Die Strafkammer hat am 2. Juli die Angelegenheiten der Strafkammer in Halle angefaßt, voriges Jahr in die Gemeinnützige Bäder-Gesellschaft in Halle eingetragenen und sein am 1. Juli 1918 in Halle eingetragenen 2000 Mark zu haben.

Bitterfeld. Die Strafkammer hat am 2. Juli die Angelegenheiten der Strafkammer in Halle angefaßt, voriges Jahr in die Gemeinnützige Bäder-Gesellschaft in Halle eingetragenen und sein am 1. Juli 1918 in Halle eingetragenen 2000 Mark zu haben.

Zur Geschichte des künstlichen Rohlenäurewassers.

Das Vorhaben von Hoffmann in Mineralwasser hat sich als erster unternommen, das Wasser aus dem Rohlenäurewasser herzustellen. Er hat sich dazu ein Verfahren ausgedacht, bei dem das Rohlenäurewasser durch eine Reihe von Operationen in ein Mineralwasser verwandelt wird.